

Verantwortung und Interessen

Deutsche Außenpolitik angesichts internationaler Herausforderungen

Großes Podium auf dem 100. Deutschen Katholikentag in Leipzig, 26. Mai 2016, 14.00 – 15.30 Uhr
Impuls: Dr. Corinna Hauswedell, Mitherausgeberin des Friedensgutachtens, Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft (FESt), Heidelberg

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

liebe Freundinnen und Freunde,

zunächst möchte ich mich recht herzlich bedanken für die Möglichkeit, im Rahmen dieses historischen 100. Deutschen Katholikentages einige Gedanken mit Ihnen teilen zu können.

Aber ich möchte auch nicht verhehlen, dass es mir lange nicht mehr so schwer gefallen ist wie bei der Vorbereitung auf das Podiumsthema am heutigen Tag, in gebotener Kürze etwas zu präsentieren, das als sinnvoller Impuls für unsere Diskussion gelten kann.

In zehn Tagen werden wir in Berlin das Friedensgutachten 2016 – das 30. übrigens – mit dem Schwerpunkt „Fluchtursachen in den Fokus. Verantwortung übernehmen“ vorstellen. Angemessene Analysen und Handlungsempfehlungen für unsere krisengeschüttelte Realität zu finden, gleicht – soviel kann ich Ihnen verraten – gegenwärtig auch in der Profession der Friedens- und Konfliktforschung einer Quadratur des Kreises.

Zu recht bezeichnete der Papst die Fluchtbewegungen des vergangenen Jahres „als die ernsteste humanitäre Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges“. Hier leiden nicht Millionen Menschen unter unabwendbaren, schicksalhaften Krisenfolgen, die Ursachen dieser Krisen sind von Menschen gemacht. Es sind Gewaltkonflikte, hybride Mischungen aus Kriegen und Bürgerkriegen, bestehend aus ethnisch, politisch oder religiös begründeten Macht- oder auch Ohnmachtkämpfen, ökonomischer Ausgrenzung und Unterdrückung, die sich staatliche und nichtstaatliche Akteure gegenseitig antun. Sie tun dies mit militärischen Mitteln aus konventioneller und hochtechnisierter Provenienz – es geschieht auf dem Rücken von vielen Millionen Zivilisten, die verzweifelt versuchen standzuhalten oder der Situation zu entkommen.

Da die Region des Nahen und Mittleren Ostens zu einem Hauptschauplatz geworden ist, muss sich auch Europa, müssen sich seine Bürgerinnen und Bürger ebenso wie seine Politiker dieser Realität vor den Toren stellen – gegenwärtig droht die EU, ohne dass bereits eine ernsthafte gemeinsame Anstrengung unternommen worden wäre, an einer großen Bewährungsprobe für die Menschen und

ihre Rechte, das Recht auf Asyl und den völkerrechtlich verbrieften Schutz, zu scheitern.

Vor diesem Hintergrund klingt unser Veranstaltungsthema „*Verantwortung und Interessen - Deutsche Außenpolitik angesichts internationaler Herausforderungen*“ nüchtern, ja beinahe zeitlos.

„*Ende der Friedensdividende, Ende des Vertrauens*“ titelt diese Woche einer der Leitartikel des SPIEGELS (es heißt dort): „*25 Jahre nach dem Kalten Krieg steigen in vielen europäischen Ländern wieder die Rüstungsausgaben. Die NATO spricht von einer 'Trendwende', die Jahre des Schrumpfens seien vorbei...*“ (Der Spiegel 21/2016, S.26). Zweifel sind berechtigt, ob am Ende der Ost-West-Konfrontation tatsächlich eine relevante Friedensdividende stand, geschweige denn neues Vertrauen ausgeschüttet wurde. Wer ist dann verantwortlich für diese Trendwende? Welche alten und neuen Aktions- und Reaktionsmuster aus der Zeit ideologisch und militärisch aufgeheizter Verfeindung – Abschreckung, Eindämmung, Sanktionierung – sollen uns hier erneut als unvermeidlich verkauft werden?

Die Debatte über eine größere deutsche Verantwortung in der internationalen Politik begann auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2014 – damals vorwiegend militärisch konnotiert – und mündete in einem öffentlichen *Review*-Prozess des Auswärtigen Amtes unter dem Motto „Außenpolitik neu denken“. In seiner Rede auf dem Jahreskolloquium der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK) im März 2015 betonte Frank-Walter Steinmeier, das Militär bleibe „die Gretchenfrage“ in der Wahrnehmung außenpolitischer Verantwortung. In der Tat: Erstmals und zu Recht als Tabubruch verstanden hatte Deutschland im September 2014 Waffen an eine Konfliktpartei in einem Kriegsgebiet geliefert, an die kurdischen Peschmerga im Nordirak; bald darauf folgten Ausbildungshilfen der Bundeswehr für die kurdischen und irakischen Streitkräfte. Als die Kanzlerin im September 2015 angesichts tausender Kriegsflüchtlinge an europäischen Grenzen ihr „Wir schaffen das“ in die Welt setzte und damit nach außen und innen Verantwortungsübernahme und Schutzangebot signalisierte, glaubte man für einen Moment, eine Alternative zu der fatalen Sicherheitslogik erkennen, die seit dem *war on terror* vor allem militärische Mittel gegen sehr unterschiedlichen Krisen eingesetzt und mit diesen verfehlten Interventionen des Westens wesentlich zu den Fluchtursachen beigetragen hatte. Dass dies höchstens halbherzig gemeint war, wurde spätestens im Dezember 2015 deutlich, seit die Bundeswehr mit Soldaten und Kampfflugzeugen eine Koalition der Willigen gegen den IS in Syrien unterstützt – eine ethisch fragwürdige, völkerrechtlich umstrittene und politisch mehr als unkluge, im Schnellgang durch den Bundestag gebrachte Entscheidung. Nach den bitteren Erfahrungen in

Afghanistan eigentlich nicht zu verstehen: Noch immer steht eine seriöse und unabhängige Evaluierung der militärischen (und zivilen) Interventionen der letzten Jahre, die uns als „vernetzte Sicherheit“ verkauft wurden, aus.

Das bringt mich zu meiner **ersten These**, die ich mit diesem Impuls zur Diskussion stellen will:

Wenn deutsche Außenpolitik mittelfristig in den Kriegs- und Krisenszenarien des Nahen und Mittleren Osten oder Nordafrikas mehr Verantwortung als vertrauensbildende Vermittlerin übernehmen will, ist eine militärische Beteiligung als Kriegspartei dafür kontraproduktiv. In der Ukraine-Krise schien man diese Logik zu verstehen, als eine klare Priorität für die Verhandlung des Minsker Abkommens getroffen wurde – damals im Angesicht der Annexion der Krim, aber auch entgegen die Waffenlieferungspropaganda aus dem Weißen Haus. Inzwischen scheint man mit einem weiteren Heranrücken der NATO an die russischen Grenzen mit der Bundeswehr als „Speerspitze“, die besagte Trendwende zu vollziehen. Das neue Weißbuch wird voraussichtlich für eine entsprechende strategische Unterfütterung sorgen.

Grundlegender stellt sich deshalb die Frage:

Kann der Begriff der Verantwortung tatsächlich in gleicher Weise gelten für eine militärisch gestützte Außenpolitik wie für eine zivile, an humanitären Zielen ausgerichtete Politik? Oder schließt sich nicht beides in der Konsequenz aus?

Der Begriff der Verantwortung ist eine in besonderer Weise ethisch-normative Kategorie, schon deshalb gehört das Thema auch auf den Katholikentag. Eine militärkritische oder pazifistische, auf gewaltfreies Handeln orientierte Politik sollte aber nicht leichtfertig als ausschließlich **gesinnungsethisch** motiviert diskutiert werden. Auch (und gerade) die **Verantwortungsethik** im Sinne Max Webers fragt nach den Folgen politischen Handelns; im Falle militärischen Handelns treten diese Folgen sehr viel zweifelsfreier und regelhaft negativ zu Tage – bis hin zur massenhaften, in Kauf genommenen Zerstörung menschlichen Lebens (weshalb ja auch das – leicht missbrauchbare – Gebot der sog. *ultima ratio* für das militärische Eingreifen in Konflikte gefunden wurde). Es bleibt also das Problem der schwierigen Grenzziehung bzw. der „Unabgrenzbarkeit“ der Verantwortung, wie Georg Picht es bezeichnete. Das aktuelle *philosophie-Magazin* 4/2016 warnt deshalb vor einer „Überforderung“, die in der Konjunktur des Verantwortungsbegriffs liegen könne.

Für die internationale politische Sphäre folgt daraus – und damit komme ich, allerdings knapper als oben, zu meinem zweiten Punkt – eine neuartige Sorgfaltspflicht im Umgang mit den unterschiedlichen, oft konfligierenden Interessen der globalisierten Welt: **Verantwortung ist nicht**

nur für die Folgen des Handelns, sondern auch für die Verursachung von Prozessen zu denken.

Als im Herbst letzten Jahres die praktische Bewältigung, die Aufnahme und Integration der vielen neu zu uns Kommenden ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte, drohte die zunächst auch in Berlin lautstarke Position, man müsse vor allem die Fluchtursachen bekämpfen, zur rhetorischen Floskel zu verkommen. Im Hintergrund der Kriege, die gegenwärtig die akuten Hauptgründe für Flucht darstellen, steht ein **Globalisierungsprozess**, der nicht nur dichte Verflechtungen und Wachstum gebracht, sondern auch mehr internationale Arbeitsteilung und Ungleichheit, krasse Ausbeutung und Zerstörung von Lebensräumen. Der Welthandel mit Vereinbarungen wie sie z.B. das Transatlantische Freihandelsabkommen (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*, TTIP) vorsieht, nimmt maßgeblichen Einfluss auf die ökonomischen und ökologischen Existenzbedingungen: Zahlreiche Länder des Südens leben vom Export ihrer Agrarprodukte und Rohstoffe. Sie können aber kaum noch konkurrieren, wenn etwa die USA und die EU untereinander die Zölle auf Agrarprodukte senken. Ohne eine gerechtere Welthandelsordnung werden die Interessen der westlichen Exportwirtschaft weiter Vorrang vor der Fluchtursachenbekämpfung genießen.

Die Fluchtproblematik zwingt dazu, außen-, sicherheits-, außenwirtschafts- und entwicklungspolitische Strategien neu zusammen zu denken und zu justieren. Die schön klingende „vernetzte Sicherheit“ mit dem Militär als zeitweiligem Entwicklungshelfer hat sich als Bumerang erwiesen. Dagegen gehören die langfristigen Ziele nachhaltiger Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) im Rahmen der UN-Agenda 2030 nach oben auf eine außenpolitische Agenda, die sich zivile Krisenprävention zum Leitbild machen möchte.

Unter die SDGs wurde nach längerem Streit auch ein explizit friedenspolitischer Zielkatalog aufgenommen: Inklusives Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16). Menschliche Sicherheit – das zeigt die Geschichte aller Gewaltkonflikte – kann nicht im Gegeneinander sondern nur im Miteinander eines in der Tat mühsamen, gemeinsamen Interessenausgleichs erreicht werden.